



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/248 - 24.10.1953

Hinweise
auf den Inhalt

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Parlament und Bundesregierung	S. 1
Frankreich zwischen Indochina und EVG	S. 3
Fragen der Lehrlingsausbildung	S. 4

Nachwort zur Minister-Inflation

(sp) In Ausübung des Bewilligungsrechts des Parlaments hat der Bundestag über die Erhöhung der Ministerzahl des Kabinetts noch zu entscheiden - dass eine Mehrheit sie billigen wird, ist klar. Aber die Fraktionen der neuen Koalition werden dabei Gelegenheit erhalten, vor der Öffentlichkeit zu erklären, ob und warum sie die Einführung der vier Bundesminister für Sonderaufgaben, eines Bundesministers für Familienfragen und die Beibehaltung des sogenannten Ministeriums für Angelegenheiten des Bundesrates für vertretbar halten.

Die sozialdemokratische Opposition wird die Streichung der Etats dieser Ministerien fordern, weil sie - im Gegensatz zum Bulletin der Bundesregierung - davon überzeugt ist, dass alles andere als "staatspolitische Gründe" zur Aufblähung des Bonner Kabinetts geführt haben. Es ist Aufgabe der echten Ressortminister auch für "besondere Aufgaben" zur Verfügung zu stehen und es ist die Pflicht aller Ministerien, die Belange der Familie endlich ausreichend zu vertreten. Und schliesslich sollten die "Angelegenheiten des Bundesrates" täglich vom Gesamtkabinet und von jedem Ressort berücksichtigt werden. Minister verlangen diese Aufgaben nicht. Zur Pflege der Verbindung zwischen den Fraktionen der Koalition und dem Kabinet aber ist ein Minister z.B. V. vollends überflüssig. Bei einer Haushaltslage, die der

Finanzminister als Grund für die Verzögerung des Heimkehrerentschädigungsgesetzes anführt, die eine Intensivierung der Sozialleistungen bisher verhindert hat, und die schliesslich die Regierung veranlasst, eine äusserst sparsame Ausgabenpolitik als die Voraussetzung der grossen Steuerreform zu bezeichnen - bei einer solchen Haushaltslage sind die mit der Vergrösserung des Regierungsapparates verbundenen Mehrausgaben unvertretbar.

Die Erfahrung der vergangenen vier Jahre ist eine einzige Bestätigung für den Nachteil eines Zuviel an Zuständigkeiten. Wenn die Regierung diese Erfahrungen ignoriert und bereit ist, für die Überwindung von Schwierigkeiten bei den Koalitionsverhandlungen den hohen Preis einer Aufblähung des Kabinetts zu zahlen, dann müssen die vom Volk gewählten Abgeordneten der Regierung die notwendigen Korrekturen abverlangen. Aber das wird leider eine vergebliche Forderung bleiben, soweit es sich um die Abgeordneten der Regierungsparteien handelt.

Wie wenig die Zusammensetzung des Kabinetts von staatspolitischen Erwägungen bestimmt wurde, geht auf der anderen Seite auch daraus hervor, dass ein Minister, nämlich der Aussenminister, zu wenig ernannt wurde. Diese Ernennung bleibt auch dann überfällig, wenn man den Wunsch des Bundeskanzlers, für die Aussenpolitik verantwortlich zu sein, Rechnung trägt; denn es geht dabei nicht um die Teilnahme an Konferenzen oder um die Abgabe aussenpolitischer Erklärungen, sondern um die Stabilisierung des Aussenministeriums, das nun, einschliesslich des eigentlichen Auswärtigen Dienstes, seit Jahren allen möglichen Einflüssen und Ansprüchen ausgesetzt ist, nur nicht denen eines voll für das "AA" verantwortlichen und qualifizierten Regierungsmitgliedes.

In den gleichen Zusammenhang fällt das Versäumnis, eine echte Zuständigkeit der Dienststelle Blank zu verankern. Man kann, wie die sozialdemokratische Opposition, ^{den EVG-Vertrag} als Grundlage für eine gemeinsame Verteidigungsanstrengung ablehnen, aber man kann nicht die Dienststelle, die den Wehrdienst deutscher Soldaten vorzubereiten hat, der direkten parlamentarischen Kontrolle entziehen und ausserhalb des Mitspracherechts im Kabinett lassen. Das alles ist kein gutes Verfahren, weil dadurch Wesen und Sinn einer parlamentarischen Demokratie diskreditiert werden.

Frankreich will nicht

(sp) Einen bemerkenswerten Rundfunkvortrag über die aussenpolitische Stimmung in Frankreich hielt am Freitag abend der bekannte französische Journalist Servain Schreiber im Londoner BBC. Die Lage in Indochina und Churchills kürzliche Bemerkung, dass im Falle des Nichtzustandekommens der EVG an eine Assoziierung Deutschlands mit der NATO gedacht werden müsse, waren die Hauptthemen dieses Vortrags.

Schreiber erklärte offen, der weitaus grösste Teil der Franzosen wünsche jetzt einen baldigen Waffenstillstand in Indochina. Es sei ein Missverständnis der Verbündeten Frankreichs, wenn sie glaubten, die französischen Soldaten in Indochina seien dorthin gegangen, um gegen den Weltkommunismus zu kämpfen. Sie seien vielmehr des Glaubens gewesen, dort für das "französische Commonwealth", die "Union Francaise" zu kämpfen. Da sich jetzt zeige, dass die indochinesischen Staaten, auch Vietnam, nicht im Verbands der "Union Francaise" bleiben, sondern selbständig werden wollen, habe der französische Kampf in Indochina seinen Sinn verloren. Die Kosten, die er erfordert habe, hätten zu Frankreichs wirtschaftlicher und politischer Misere erheblich beigetragen. Schreiber wies auf die jüngsten Nachwahlerfolge der Kommunisten in Frankreich hin und knüpfte daran die Bemerkung, eine Weiterführung des Indochina-Krieges, um den Weltkommunismus zu bekämpfen, würde in Wirklichkeit eine Vergrösserung der kommunistischen Gefahr in Frankreich selbst bedeuten.

Solange die Kampftruppen Frankreichs in Indochina ständen (und neue Verbände, auch aus der Besatzungsarmee in Deutschland, nach Indochina als Verstärkung gesandt werden müssten), sei Frankreich von Furcht vor der Überlegenheit eines wiederaufgerüsteten Deutschland erfüllt. Nach einer Beendigung des Indochina-Krieges aber werde die Furcht verschwinden. Daraus ergebe sich, dass die überwiegende Mehrheit der Franzosen heute die EVG nicht ratifizieren wolle, um die Aufstellung und Ausrüstung deutscher Divisionen zu verhindern, aber später, nach Rückkehr der französischen Kampftruppen aus Indochina, auf die Unterstellung der deutschen Kontingente unter die EVG keinen besonderen Wert mehr legen werde. Churchills Bemerkung sei deshalb in Frankreich nicht als Erpressungsversuch, sondern als Alternativ-Vorschlag zur EVG aufgefasst worden zugleich aber auch als deutliches Zeichen dafür, dass England der EVG nicht beitreten wolle.

Servain Schreiber erklärte am Ende sehr deutlich, dass Frankreich sich der EVG nur anschliessen werde, wenn auch England ihr beitrete, dass aber die bisherigen Gespräche einen Beitritt Englands nicht erwarten liessen.

Für eine sinnvolle Lehrlingsausbildung

H.H. Die Berufsnot der Jugend ist seit 1948 eines der dringendsten Probleme. Als besonders in den ersten Jahren nach der Währungsreform die Lehrlingshaltung in der Industrie und im Handwerk erheblich zurückgegangen war, stand dieses Thema wiederholt im Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Zuständige Stellen überboten sich geradezu in der Publizierung von Vorschlägen zur Behebung dieser schwierigen Situation, um zehntausende junger Menschen von der Straße fernzuhalten. Neben ausgesprochenen Notmassnahmen, wie z.B. die Einführung eines neunten Schuljahres in einigen Ländern der Bundesrepublik, gelang es doch zweifellos, eine Reihe von Wirtschaftszweigen zur Schaffung neuer Lehrstellen für die schulentlassene Jugend arzuhalten. Tatsächlich wurden in einigen Gebieten ganz konkrete Pläne realisiert. Es steht aber auch fest, dass in weiten Kreisen weniger die soziale Verantwortung Pate stand, als der Zwang zur Bildung eines guten Facharbeiter-Nachwuchses. Statistiken aller Schattierungen bewiesen die Überalterung der deutschen Fachkräfte zur Genüge und hoben den zu erwartenden Facharbeitermangel hervor.

Wie weit aber auch auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung eine sinnvolle Planung vonnöten ist, kommt in letzter Zeit wiederholt in den Berichten der Industrie- und Handelskammern deutlich zum Ausdruck, die sich mit den Ergebnissen der Gesellen- und Gehilfenprüfungen befassen. Es ist erschreckend, wie hoch der Prozentsatz derer ist, die den Anforderungen ihres Berufes nicht genügen und ihre Prüfung zum Abschluss des Lehrverhältnisses nicht bestehen. Besonders in den kaufmännischen Berufen scheint die Jugend zu versagen. Die Ergebnisse der Herbstprüfungen an der Industrie- und Handelskammer Bonn sind symptomatisch für das ganze Bundesgebiet. Dass Prüfungen mit der Note "sehr gut" bestanden werden, sind tatsächlich Ausnahmefälle geworden. Mehr als 30 Prozent der Prüflinge aus den kaufmännischen Berufen sind Versager, in der Industrie ist der Prozentsatz nicht so hoch, doch macht er immer noch etwas mehr als 20 Prozent aus. Bei den Bürogehilfinnen haben sich die Leistungen derart verschlechtert, dass 50 Prozent (!) die Prüfung nicht

bestanden.

Die Ursachen dieses Leistungsabfalls sind wohl weniger auf die mangelhafte Schulausbildung der betreffenden Jahrgänge zurückzuführen oder auf den mangelnden Eifer und Lernwillen der Jugendlichen selbst, sondern sehr oft auf grobe Nachlässigkeit in der Ausbildung besonders in kleineren Betrieben. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo Betriebe doppelt so viel kaufmännische Lehrlinge beschäftigten wie Angestellte. Es bedarf keiner Frage, dass es unmöglich ist, dem einzelnen eine gute Ausbildung angedeihen zu lassen, wenn der Lehrling zwei Jahre seiner dreijährigen Lehrzeit mit einer rein manuellen Tätigkeit verbringt. Bestimmt ist das auch kein Ansporn für ihn. Dasselbe gilt auch für gewerbliche Lehrlinge, denen zwar beizeiten beigebracht wird, wo sie besonders preisgünstig für die älteren Kollegen einkaufen können, aber nicht, wie sie ihren Mann an der Drehbank zu stehen haben.

Bei der Beschäftigung mit diesem Problem taucht eine weitere Schwierigkeit auf: Die Überbeanspruchung der Lehrerschaft an den Berufsschulen. Fast alle Berufsschulen klagen über Lehrermangel. Die hohe Schülerzahl in den Schulklassen kostet unverhältnismässig viel Nervenkraft und das führt denn dazu, dass ein grosser Teil der Lehrkräfte an den Berufsschulen laufend durch Krankheit ausfällt. Die Frage der Zahlung von Trennungsschädigungen oder Beschaffung von Wohnraum für den Lehrkörper ist nur eine weitere Konsequenz.

Es sollte in Zukunft Aufgabe der zuständigen Stellen sein, nicht nur zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, sondern das Augenmerk mehr auf die Qualität der Ausbildung der jungen Generation zu richten, damit nicht nur genügend sogenannte Fachkräfte, sondern tatsächlich qualifizierte Kräfte für den Einbau in der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau